

Mühldorf den 07.06.2018

Regierung von Oberbayern

Hedwig Göhner-Pentenrieder, Ltd. Regierungsdirektorin

Maria Els , Regierungspräsidentin von Oberbayern

Maximilianstraße 39

80538 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen sicher bereits bekannt ist, kam es gestern den 06.06.2018 in der Asylbewerber-Einrichtung im BFZ-Peters in Waldkraiburg zu einem Großeinsatz von Polizei und Rettungskräften. Wie aus Polizeikreisen und auch den Medien bekannt wurde, war es offenbar nötig starke Polizeikräfte aus ganz Bayern anzufordern und zusammenzuziehen um einer eskalierenden Situation wirkungsvoll begegnen zu können.

Diese Einrichtung besteht nun seit etwa 3 Jahren und es gab auch in der Vergangenheit immer wieder Unruhen und Probleme mit Bewohnern, auf die ich nachstehend noch ausführlich eingehen werde. In letzter Zeit jedoch beobachten wir als AfD KV-Mühldorf mit großer Sorge eine deutliche Zunahme von Polizeieinsätzen, eine Entwicklung die im gestrigen Großeinsatz einen vorläufigen traurigen Höhepunkt erreichte, der alle bisherigen Ereignisse in den Schatten stellt. Ich war selbst vor Ort um mir ein Bild von der Lage zu machen und habe mir einigen Anwohnern gesprochen. Es gibt in sozialen Netzwerken mittlerweile div. Fotos und Videos der Vorgänge die von Anwohnern und Passanten stammen, welche die Ereignisse ausführlich dokumentieren.

Nach allem was bisher bekannt wurde, ist die Situation in diesem großen mehrstöckigen Gebäude völlig außer Kontrolle geraten, und konnte zunächst weder vom Sicherheitsdienst oder den Sozialarbeitern noch von den örtlichen Polizeibehörden bewältigt werden. Bewohner haben Scheiben eingeschlagen und Gegenstände aus den Fenstern auf Polizeibeamte geworfen. Bewohner griffen Polizeibeamte verbal wie auch physisch an und bewarfen diese mit verschiedenen Gegenständen. Stühle, Bänke und Papierkörbe wurden auf Einsatzfahrzeuge geworfen. Es kam zu tumultartigen Szenen, wie man sie sonst nur aus Ländern ohne funktionierenden Staat kennt.

Da die Ursachen für diese Tumulte derzeit noch nicht abschließend geklärt und daher noch Gegenstand von Ermittlungen sind, werden wir dazu noch nicht Stellung beziehen, behalten und dieses aber für einen späteren Zeitpunkt vor.

Eines aber machten die gestrigen Ereignisse aber überdeutlich. Es reicht! Solche Zustände sind in keinem Fall hinnehmbar! Es ist den Anwohnern und Bürgern der Stadt Waldkraiburg nicht länger zuzumuten diese Einrichtung zu betreiben.

**Wir als AfD KV-Mühldorf fordern deshalb nachdrücklich die Regierung von Oberbayern auf, diese Einrichtung unverzüglich, längstens jedoch bis zum 30.09.2018 zu schließen!**

Die Gründe für diese keineswegs leichtfertig erhobene, sondern äußerst berechnete Forderung sind vielfältig. Daher möchte ich wie bereits eingangs erwähnt diese nun näher beschreiben. Es geht uns dabei vordringlich die „sozialen Kosten“ zu benennen, die gerade mit dieser Einrichtung für die Stadt Waldkraiburg und die Anwohner verbunden sind und ein unzumutbares Ausmaß erreicht haben! Vielen Waldkraiburger Bürgern wird durch diese Einrichtung ihre wohlverdiente Lebensqualität in einer nicht hinnehmbaren Weise geraubt.

Anwohner müssen nun schon seit einer viel zu langen Zeit mit dieser Einrichtung leben und werden täglich mit Beeinträchtigungen, Belästigungen und Behinderungen konfrontiert. Da gibt es Pöbeleien und Beleidigungen mit und ohne Alkoholkonsum. Körperverletzungen, Drogenhandel, Sachbeschädigung sind dokumentiert. Da wird in Vorgärten und Einfahrten uriniert und gekotet. Geschäftsleute haben Verluste, Geschäfte schließen. Anwohner müssen Umwege in Kauf nehmen um einzukaufen oder nicht belästigt zu werden, was vor allem Frauen und Mädchen betrifft. Umliegende Parks können von Anwohnern überhaupt nicht mehr genutzt werden, Parkbänke wurden bereits von der Stadt abmontiert. Bei Polizeieinsätzen werden ganze Straßenblöcke gesperrt, was zu erheblichen Verkehrschaos führt. Immobilien verlieren drastisch an Wert, werden gar unverkäuflich, was eine indirekte Enteignung für die betroffenen Menschen darstellt.

Dazu kommen die üblichen, allgemein bekannten Probleme die mit der Migrationspolitik einhergehen, ein Staatsversagen auf allen Ebenen, wie ua. die jüngst bekannt gewordenen Misstände beim BAMF nachhaltig zeigen. Zum Beispiel befinden sich in dieser Einrichtung, wie in anderen solchen Unterkünften auch diverse sogenannte Fehlbeleger, die aber aufgrund vom allgemeinen Wohnungsmangel keine Wohnungen finden. Das führt zu langen frustrierenden Aufenthalten in solchen Einrichtungen, die Spannungen wachsen lassen.

Aber es jetzt hier weder der richtige Ort, noch die richtigen Personen für eine grundsätzliche Kritik an der Migrationspolitik der Bundesregierung unter Merkel. Nichts desto weniger, ist die Regierung von Oberbayern als zuständige Behörde für

das BFZ-Peters hier in der Pflicht zu Handeln und diese Einrichtung schnellstens zu schließen.

Wir werden dieses Schreiben auf Facebook und unserer Webseite veröffentlichen und auch verschiedenen Medien zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen:

Oliver Multusch 1. Vorsitzender AfD KV-Mühldorf im Namen des Vorstands

Landtagskandidat